



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ**

GZ 51.005/22-I 2/93

An das  
Präsidium des  
Nationalrats

W i e n

KOMM GESETZENTWURF	
157-GE/19 P2	
Datum: 17. FEB. 1993	
Beit 24.2.93 Lechner	

*Lechner*

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/52 1 52-0\*

Telefax  
0222/52 1 52/727

Fernschreiber  
131264 jusmi a

Teletex  
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

**Betrifft:** Stellungnahme des Bundesministeriums für Justiz  
zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Or-  
ganisation der Universitäten (UOG 1993)

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, mit Be-  
ziehung auf die Entschliebung des Nationalrats vom  
6.7.1961 25 Ausfertigungen einer Stellungnahme zu dem oben  
angeführten Gesetzesentwurf zu übermitteln.

5. Februar 1993

Für den Bundesminister:

Reindl

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Reindl*



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ**

GZ 51.005/22-I 2/93

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

W i e n

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/52 1 52-0\*

Teletax  
0222/52 1 52/727

Fernschreiber  
131264 jusmi a

Teletex  
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Organi-  
sation der Universitäten (UOG 1993)

zu GZ 68.153/283-I/B/5B/92

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, mit Be-  
ziehung auf das Schreiben vom 3. Dezember 1992 zu dem oben  
angeführten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 83:

1. Die Überschrift des XVI. Abschnittes sollte besser  
in der Einzahl ("Strafbestimmung") statt in der Mehrzahl  
("Strafbestimmungen") formuliert werden, weil es sich nur  
um eine Bestimmung handelt.

2. Die Erläuterungen zu § 83 bemerken, daß die Be-  
stimmungen (besser: "Bestimmung") zum Schutz der dem Uni-  
versitätswesen eigentümlichen Bezeichnungen entsprechend  
der bisherigen Rechtslage übernommen wurden. Nach Ansicht  
des Bundesministeriums für Justiz ist die Anordnung einer  
primären (entweder kumulativ oder alternativ zu verhängen-  
den) Freiheitsstrafe im Verwaltungsstrafrecht rechts-  
politisch jedoch nur dort vertretbar, wo in einem rele-  
vanten Teil der denkbaren Fälle auch mit anderen Strafen,  
vor allem der Geldstrafe, nicht das Auslangen gefunden  
werden kann. Ein Hinweis auf das Vorliegen dieser



- 2 -

Voraussetzungen findet sich nicht, die in Betracht kommenden Taten haben auch keinen entsprechend schweren Unrechtsgehalt.

Dazu kommt, daß es offenbar als entbehrlich angesehen wird, die Obergrenze der angedrohten Geldstrafe (welche seit Inkrafttreten des Universitätsorganisationsgesetzes 1975 unverändert 50 000 S beträgt) auf ein wenigstens dem Kaufkraftverlust entsprechendes Maß anzuheben.

Die jetzige Neufassung des Universitätsorganisationsgesetzes sollte daher zum Anlaß genommen werden, von der Androhung einer (alternativ zu verhängenden) primären Freiheitsstrafe abzusehen und mit einer den Präventionsbedürfnissen Rechnung tragenden - erhöhten - Geldstrafandrohung das Auslängen zu finden. Die Festlegung einer Ersatzfreiheitsstrafandrohung wäre nur dann erforderlich, wenn - was allerdings kaum der Fall sein dürfte - eine höhere als eine 14-tägige (aber nicht 6 Wochen übersteigende) Ersatzfreiheitsstrafe als erforderlich angesehen würde (vgl. § 16 VStG).

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrats übermittelt.

5. Februar 1993

Für den Bundesminister:

Reindl

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



